

Politik

Wirtschaft

Sport

Wetter

Horoskop

Kalender

SCHLAGZEILEN MACHEN

Thüringen aktuell

Das Bundesland Thüringen hat sich in den letzten Jahren zu einem Brennpunkt der politischen Diskussion entwickelt. Nach der Wende 1989 und den ersten demokratischen Landtagswahlen waren es zunächst SPD und CDU, die das politische Bild Thüringens prägten. Das demokratische Verständnis wurde in Thüringen bisher allerdings sehr von der DDR geprägt, sobald jemand gewählt wurde, wurde schlicht und ergreifend das, was er wollte, durchgesetzt.

Seit den letzten Wahlen ist Thüringen zunehmend in das Blickfeld der öffentlichen Aufmerksamkeit geraten, insbesondere wegen des starken Abschneidens der AfD. So wird das Plenum bereits vor der Wahl als „Permanente Kampfzone“ beschrieben. Laut der Uni Jena hat jeder fünfte Thüringer Sympathie für rechtsextremistisches Gedankengut.

Doch was stand bei der Wahl eigentlich auf dem Spiel? Vor der Wahl ist bereits bekannt, dass die Thüringer-AfD den Verfassungsschutz-Chef und sein Amt bei einem Wahlsieg abschaffen will. Die AfD profitiert von einer geschickten Kommunikationsstrategie, diese zielt vor allem darauf ab, die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der etablierten Politik zu nutzen. Besonders Themen, wie Migration, innere Sicherheit und soziale Gerechtigkeit werden zugespielt dargestellt, um Ängste und Vorurteile zu schüren. Besonders in Thüringen tritt die AfD zunehmend als bürgerliche Alternative auf und erreicht so, besonders in ländlichen Regionen, eine breite Wählerschaft. Der Rechtsextremist Björn Höcke ist Landesvorsitzender der AfD in Thüringen, dieser zweifelt unter anderem gezielt demokratische Grundwerte an. Bei den Thüringer Landtagswahlen erreicht die AfD mehr als ein Drittel der Stimmen und wird somit die stärkste Partei im Landtag. Das Wahlergebnis stellt die etablierten Parteien vor eine große Herausforderung. Da mehrere Parteien eine Zusammenarbeit mit der AfD im Vorfeld kategorisch ausgeschlossen haben, wird die Regierungsbildung deutlich erschwert. Kurz nach der Wahl kam es zu einem Aufmerksamkeit erregenden Vorfall: der Umgang mit dem Alterspräsidenten im Thüringer Landtag. Bereits die erste Sitzung des Landtags mündet nach dem Wahlerfolg der AfD im Chaos. Der Alterspräsident -der älteste Abgeordnete- wird traditionellerweise in der konstituierenden Sitzung eingesetzt, um den Landtag zu eröffnen und die Wahl des Landtagspräsidenten zu leiten, hier handelte es sich um Jürgen Truettler. Dieser hat an manchen Stellen tatsächlich gegen die Verfassung verstoßen. So ignorierte er beispielsweise den Antrag

der CDU und des BSW zur Änderung der Geschäftsordnung und ermöglichte keine Abstimmung. Die AfD hoffte das Amt des Landtagspräsidenten mit ihrer Abgeordneten Wiebke Muhsal besetzen zu können, diese ist vorbestraft, da sie im Landtag betrog. Dieser Fall landete vorm Verfassungsgerichtshof, dieser sprach ein Machtwort und soll entscheiden, wie es künftig weiter gehen soll.

Das AfD Verbotverfahren: Mehrere Bundestagsabgeordnete wollen beim Bundesverfassungsgericht ein Verbotverfahren gegen die AfD beantragen. Dies wird von einzelnen Abgeordneten der SPD, CDU/CSU, Grünen und Linken unterstützt. Der Bundestag beantragt beim Bundesverfassungsgericht, gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes und Paragraf 43 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes, festzustellen, ob die AfD verfassungswidrig sei, zitiert die Zeitung aus dem Antrag. Hilfsweise solle vom Verfassungsgericht festgestellt werden, dass die AfD von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen werde. Ein solches Parteienverbot kann von Bundestag, Bundesrat oder der Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht beantragt werden. In einem Verfahren müsste der AfD nachgewiesen werden, dass sie aggressiv kämpferisch gegen die Verfassung vorgeht.

So betonte beispielsweise Omid Nouripour, Chef der Grünen: "Im Thüringer Landtag konnte man doch letzte Woche sehen: Sobald die AfD auch nur ein bisschen Macht in den Händen hält, ist sie wild entschlossen, diese Macht gegen sämtliche demokratische Gepflogenheiten zu missbrauchen".

Die AfD stellt eine große Gefahr da, dies zeigt sich beispielsweise an vergangenen Maßnahmen.

In Bautzen kürzte der Kreistag 2022 die Integrationsleistung für Asylbewerber.

Im August 2024 beschloss der neue Kreistag rechtlich unzulässig die Stelle eines Ausländerbeauftragten abzuschaffen. In mehreren Teilen Sachsens sowie in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden wie in Bautzen AfD Vertreter auf solche Stellvertreterposten gewählt.

Das Vorgehen der AfD besteht grob gesagt in Aspekten wie viel Kommunikation, der Präsenz auf Social Media, Petitionen, regelmäßigen Demonstrationen oder dem gezielten Druckaufbau auf die etablierten Parteien, durch das Beantragen namentlicher Abstimmungen, denn dadurch wird in der Politik das Bild erzeugt, dass die anderen nur reden", die AfD aber handle.

Eine weitere Strategie der AfD ist es verstärkt auf rhetorische Eskalation zu setzen und sich als „Opfer“ der etablierten Politik darzustellen, so fördert sie das Misstrauen der Wähler in demokratische Institutionen weiter.

Zudem nutzt sie die Taktik, Konflikte bewusst zu provozieren, dies ist Teil der Anti-System“-Strategie der Partei, die auf emotionale Mobilisierung setzt und durch eine starke Präsenz auf sozialen Medien verstärkt wird. Indem die AfD eine starke Identifikation mit einer „Alternative zum System“ aufbaut, gelingt es ihr, insbesondere in wirtschaftlich benachteiligten Regionen und unter Politikverdrossenen zunehmend Unterstützung zu finden. Die Rolle des Alterspräsidenten ist dabei nur ein Element eines umfassenderen Plans, die Wahrnehmung der AfD als festen Bestandteil der politischen Bühne zu etablieren und von innen heraus demokratische Prozesse herauszufordern.

Von Likes zur Loyalität: Strategien für mehr Engagement

Die AfD nutzt soziale Netzwerke geschickt für die Verbreitung ihrer Inhalte und die Ansprache ihrer Zielgruppe. Doch welche Strategien verfolgt die Partei auf Plattformen wie Tik Tok, Facebook, Instagram und Telegram und wie gestaltet sie dort ihren Wahlkampf?

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat sich in den letzten Jahren auf Social Media als Partei mit hoher Reichweite etabliert. Die Partei nutzt verschiedene Plattformen und setzt dabei auf eine Mischung aus etablierten Netzwerken wie Facebook und Instagram, aber auch auf alternative Kanäle wie Telegram. Diese Vielfalt ermöglicht der AfD, eine breite Zielgruppe anzusprechen, die von jungen Nutzern bis hin zu konservativ geprägten und älteren Wählern reicht. Ziel der AfD ist es auch auf Social Media mit eigenen Inhalten zu Punkten und potenzielle neue Wähler zu erreichen. Dabei ist die AfD erfolgreicher als andere Parteien auf Social Media, im Gegensatz zu diesen ist sie schon sehr lange auf den sozialen Netzwerken aktiv. So schafft sie es hier ihr starkes Netzwerk zu mobilisieren. Dies lässt sich insbesondere daran erkennen, dass sie besorgniserregend viele Stimmen der 16- bis 24-Jährigen in Deutschland erreicht, wichtig sei es, dass die Parteien auch nach dem Wahlkampf weiterhin aktiv auf den Social Media Plattformen bleiben und dort Kommunikation und Dialog suchen, so Kommunikationsberater Peter Stawowy.

Ein zentrales Element der Social-Media-Strategie der AfD ist die bewusste Inszenierung von Emotionalität und vermeintlicher Authentizität. Häufig werden Beiträge emotional aufgeladen und sprechen Themen wie „Freiheit“, „Sicherheit oder „Heimat“ an, die gezielt das Sicherheitsbedürfnis und die Werte ihrer Anhänger ansprechen, somit schürt sie dann beispielsweise Angst oder andere Emotionen. In Kombination mit der Nutzung von Alltagssprache und personalisierten Nachrichten versuchen AfD-Politiker, sich nahbar und authentisch zu zeigen, um so die Bindung zur Anhängerschaft zu stärken.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der AfD-Strategie ist die bewusste Thematisierung kontroverser Themen. Die Partei setzt oft auf polarisierende Botschaften zu gesellschaftlichen oder politischen Konflikten wie Migration, Klimaschutz oder Impfungen. Durch gezielte Provokation und Zuspitzung dieser Themen gelingt es der AfD, hohe Interaktionsraten zu generieren, da kontroverse Inhalte oft geteilt und kommentiert werden. Dies führt dazu, dass die Reichweite einzelner Beiträge durch die Interaktionen der Nutzer erheblich gesteigert wird.

Eine weitere erfolgreiche Methode der AfD auf Social Media ist die Nutzung von visuell ansprechenden Inhalten, darunter Memes, Infografiken und kurze Videos. Diese werden oft gezielt zur Zuspitzung und Vereinfachung politischer Positionen eingesetzt, was die Ansprache jüngerer Zielgruppen erleichtert.

Insbesondere Memes erfreuen sich in der politischen Kommunikation wachsender Beliebtheit, da sie Inhalte leicht verständlich und humorvoll verpacken und somit eine schnelle Verbreitung innerhalb der Community fördern. Dabei postet die AfD sehr häufig und regelmäßig vor allem Videos, diese sind nicht aufwendig produziert, meist handelt es sich bei dem Content um Redeausschnitte, welche mit Großbuchstaben untertitelt sind, an dieser Strategie versucht sich ebenfalls die CDU.

Die Aktivitäten der AfD auf Social Media stoßen allerdings auch auf erhebliche Kritik. Mehrfach wurde der Partei vorgeworfen, Desinformationen zu verbreiten und gezielt auf Spaltung und Angst zu setzen. Diverse Studien und Analysen zeigen, dass die AfD sich in ihren Social-Media-Kampagnen oft negativ gegenüber anderen Parteien oder politischen Gegnern äußert und dabei gelegentlich populistische und zum Teil irreführende Aussagen nutzt. Hier wird der Vorwurf laut, dass die AfD eine polarisierende Kommunikationsstrategie verfolgt, die das gesellschaftliche Klima aufheizen kann.

Die Wurzeln der Gegenwart: Historischer Hintergrund

Thüringen hat eine lange Geschichte, die das Land zu dem machte, was es jetzt ist. Es war lange ein geistiges und politisches Zentrum Deutschlands.

Dieser Weg begann schon 1520/21 mit Martin Luther, der sich auf der Wartburg versteckte und dort die Bibel übersetzte.

1524/25 wurden dann die Bauernkriege geführt. Beides ist kontextlich unbedeutend, aber man kann den aufständischen Charakter des Volkes erkennen. 250 Jahre später, 1775, zog Goethe nach Weimar, dem Schiller 1798 folgte, und baute Weimar zum wichtigsten geistigen Zentrum Deutschlands jener Zeit aus. Ab 1800 ging es rund: Napoleon führte 1806 eine Schlacht bei Jena und Auerstedt, dessen Ausgang ihm den Weg an die Macht über die deutsche Politik bereitete. Elf Jahre später, 1817, feierten deutsche Studenten das Wartburgfest

und forderten damit einen Nationalstaat mit freiheitlicher Verfassung. Der erste Weltkrieg von 1914-1918 führte 1919 zu der Gründung der Weimarer Republik, nun befand sich die Region auch in der politischen Mitte Deutschlands. Nur ein Jahr später entstand das Land Thüringen aus diversen Kleinstaaten, Erfurt aber behielt sich die preußische Zugehörigkeit vor. Als Folge des zweiten Weltkrieges 1939-1945 wurde Thüringen 1949 mit der Landeshauptstadt Erfurt Mitglied der DDR, wurde 1954 aber schon wieder in drei Bezirke aufgeteilt. 1970 geschah die Fensterszene mit Willy Brandt, bei der der ehemalige Bundeskanzler der deutschen Republik von seinem Hotelfenster zu dem deutsch-demokratischen Volk hinabwinkte, welches lautstark nach ihm verlangte. 1989/90 kam es dann zum Mauerfall, wodurch Thüringen mit der Landeshauptstadt neu gebildet wurde. Zur Zeit des Nationalsozialismus, also von 1933-1945, spielte Thüringen eine noch zentralere Rolle in der Geschichte Deutschlands. Der thüringische Gauleiter Fritz Sauckel wollte die Wartburg zu einem „Kulturmittelpunkt des Reiches“ aufsteigen lassen. Daher ließ er zahlreiche propagandistische Veranstaltungen und Feste dort stattfinden und ließ das christliche Kreuz am Burgturm durch ein Hakenkreuz ersetzen. Er dachte wahrscheinlich, die zahlreichen NS-nahen Deutschen Christen würden dies gutheißen. Taten sie aber nicht, und so kam es, dass das christliche Kreuz schon einen Monat später wieder an seinem Platz hing.

Ab 1937 war das KZ Buchenwald bei Weimar in Betrieb und inhaftierte 278000 Menschen, davon getötet wurden 56000. Somit gehörte es zu einem der größten KZs in Deutschland. Zudem wurde 1939 das „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“ auf Verlangen der Deutschen Christen gegründet, die in Thüringen stark vertreten waren. Thüringen bildete auch den Mittelpunkt der Rassenlehre und -forschung und schon vor 1932 gab es antisemitische Persönlichkeiten, auch im Landtag. Es ist auch interessant zu sehen, dass die NSDAP 1932 in Thüringen ihren Landtagsieg hatte, der zu dem NS-Regime führte.

Es ist also zu sehen, dass Thüringen eine lange, bedeutende Geschichte hat. Vor 1900 waren die thüringischen Bürger sehr liberal und für ihre Zeiten modern, aber ab 1900 kommt der Antisemitismus größer auf. In der NS-Zeit traten viele Christen der Region den nationalsozialistischen deutschen Christen bei und ließen sich vom Nationalsozialismus groß begeistern. Dies spiegelt sich auch 2024 wider, neben der Protestwähler Thüringens gibt es auch einige Bürger, die vermutlich überzeugte Rechtsextreme sein könnten.

MEHR AUF SEITE 6



Die treibenden Kräfte

Die Alternative für Deutschland wurde am 6. Februar 2013 von insgesamt 18 Mitgliedern gegründet, darunter Alexander Gauland, Bernd Lücke und Martin Renner. Anfangs etablierte sich die AfD als EU-Kritische „Anti-Europa-Partei“ mit konservativ-liberalem Profil. Sie entwickelte sich jedoch zu einer Rechtsaußenpartei. Grund dafür ist die Abspaltung des wirtschaftsliberalen Flügels. Durch die ehemaligen Vorsitzenden Frauke Petry und Jörg Meuthen fand eine starke Entwicklung nach rechts statt. Im Herbst 2013 ist die AfD mit 4,7% der Stimmen fast in den Bundestag gekommen.

2014 folgte der Einzug in das Europarlament, wodurch sie in alle deutsche Landesparlamente zog. Letztendlich gab es dann den Einzug in den Bundestag im Jahre 2017 mit 12,6% der Stimmen. Seit 2021 stellt die AfD die fünft stärkste Kraft im deutschen Bundestag dar. Alice Weidel und Tino Chrupalla sind stand April 2023 die Vorsitzenden und Bundessprecher der Partei und sowohl als auch Spitzenkandidaten. Außerdem besitzt die AfD eine Fraktionsstärke von 78 Abgeordneten.

Nur wenige der originalen 18 Gründungsmitglieder sind noch Teil der AfD. Bernd Lücke, Gründungsmitglied und ehemaliger Bundessprecher der AfD verließ die Partei. Er wollte laut eigener Aussage nicht als Aushängeschild für politische Vorstellungen missbraucht werden. Laut ihm breiten sich die Islamfeindlichkeit und ausländerfeindliche Ansichten immer weiter aus. Diese und weitere Aspekte wie die antiwestliche und pro-russische Außenpolitik lehnte er ebenfalls ab. Auch Frauke Petry verließ die Partei nach der Bundestagswahl 2017, da ihr die Extremen in der Partei zu dominant wurden.

Weitere wichtige Personen in der Partei sind Alexander Gauland, welcher Ehrenvorsitzender der AfD ist, und Björn Höcke. Dieser ist Fraktionsvorsitzender und Ministerpräsident in Thüringen und gilt als gesichert rechtsextrem. Demnach steht er unter Bewachung des Verfassungsschutzes.

Insgesamt ist nur noch eine spärliche Anzahl der originalen 18 Gründungsmitglieder in der Partei geblieben, da sich die politische Stellung in eine extremere und rechtsaußen-politische Richtung entwickelte.

Falsche Versprechen?

Die AfD schadet in erster Linie ihren eigenen Wählern. Sie tätigt falsche Versprechungen, wie zum Beispiel, dass sie gegen eine Rente mit erst 70 sind, Familien entlasten wollen, Alleinerziehenden und den Bauern helfen, die Mietpreise senken und allgemein sich für Geringverdiener und den Mittelstand einsetzen. Diese Personengruppe ist tatsächlich auch ihre Hauptwählerschaft.

Wenn man sich jedoch mit getätigten Aussagen, Ergebnissen von Abstimmungen, eingereichten Forderungen und dem Wahlprogramm der AfD auseinandersetzt, fällt auf, dass sie, sofern sie ihre Forderungen durchsetzen würden, das Gegenteil ihrer Wahlversprechen herbeizuführen würden. So fordern sie die 45 Beitragsjahre, bis man seine Rente erhalten würde. Dies würde jedoch bedeuten, dass 40% der Bevölkerung diese erst deutlich nach dem Alter von 70 erreichten würden, betrachtet man alleine Frauen sind es deutlich mehr. Sie lehnen die gleichgeschlechtliche Ehe ab, sowie die finanzielle Unterstützung von Organisationen zur Hilfe von Alleinerziehenden. Außerdem wollen sie das Scheidungsrecht auf den Stand von vor 1977 bringen, kurz: Man darf sich nur unter triftigen Grund scheiden lassen und Menschen würden in ihrer Ehe zwangsläufig festgehalten werden. Sie verstehen also unter Unterstützung von Familien es zu erschweren sich scheiden zu lassen, unverheiratet zu sein oder queer zu lieben. Sie stellen sich so dar, als wenn sie sich für die Mittel- bis Unterschicht einsetzen würde, jedoch will sie die Erbschaftsteuer und Mindestlohn abschaffen. Außerdem fordern sie auch mehr Steuersenkungen zugunsten der Reichen und eine Reform des Bürgergeldes.

Neben dem Fakt, dass sie ihrer Wählerschaft und Migrantinnen schaden, sind sie auch offenbar wissenschaftsfeindlich. Sie waren gegen eine Maskenpflicht, leugnen den menschengemachten Klimawandel und berufen sich meist nur auf den Teil einer Studie, der ihre Behauptungen stützt, auch wenn die Studie im Kontext das Gegenteil aussagt, oder erfinden Statistiken. Auch sind sie gegenüber der deutschen Geschichte sehr euphemistisch und sind in vielen



Wahlplakat AfD; <https://www.deutschlandfunkkultur.de/soziologe-ueber-afd-wahlerfolg-im-osten-demokratische-100.html>

Teilen des Landes gesichert rechtsextrem. Auch sind sie homo- und transphob, nennen dies eine „teuflische Ideologie“ und verbreiten Hetze und Fehlinformationen. Sowohl queere Menschen als auch Muslime, Zugewanderte und Frauen leiden unter dem Weltbild der AfD. Die Diskriminierung würde auch zunehmen, da sie alle Antidiskriminierungsgesetze abschaffen wollen.

Es gab schon radikalere Versuche ihre Weltanschauung durchzusetzen, wie zum Beispiel die sogenannten Geheimgesetze. Hier hat sich die Werteunion und die AfD getroffen. Sie machten Pläne, um nach Möglichkeiten zu suchen auch Menschen mit deutschen Pass abschieben zu können. Dies umfasst vor allem Zugewanderte, Geflüchtete und Menschen, die diese unterstützen. Sie sprachen hier von einer Remigration, jedoch ist die Parallele zu den Methoden der NS-Zeit klar zu erkennen. Die Anzahl aller betroffene Menschen würde etwa 30% der Bevölkerung umfassen. Björn Höcke aus der AfD sagt aus, dass Deutschland auch gut ohne diese Menschen überleben würde. René Springer schrieb zudem: „Das ist kein #Geheimplan. Das ist ein Versprechen.“, was klar deren Radikalität zeigt.

Wenn die AfD ihre Forderungen tatsächlich durchsetzen würden, würde dies bedeuten, dass der Rundfunkbeitrag abgeschafft werden würde, also eine gesicherte Quelle an Informationen. 40% der Menschen müssten über 70 hinaus arbeiten, wobei jeder fünfte sein Rentenalter nicht erreichen würde. Die Schere zwischen arm und reich würde weiter aufgehen und die Diskriminierung würde rapide zunehmen, da sie legal gemacht werden würde. Zudem würde die Wehrpflicht wieder eingeführt werden und wir würden aus der EU austreten. Es gäbe aufgrund des Scheidungsrechtes mehr unglückliche Ehen und weniger Menschen, die es verdient hätten, würden den deutschen Pass bekommen. Es gäbe auch 30% weniger Menschen in Deutschland, was bedeuten würde, dass wir jede dritte Pflegekraft und jeden fünften Arzt verlieren würden.

Dokumentation: Wissenswertes



Dokumentation: Björn Höcke



Dokumentation: Thüringen Landtagswahlen



Dokumentation: Radikalisierung in Ostdeutschland



Dokumentation: Björn Höcke und mehr

AfD Europaweit

Seit ihrer Entstehung kritisiert die AfD die Europäische Union. Laut ihrem Europawahlprogramm 2024 soll diese aufgelöst werden und stattdessen ein "Bund europäischer Nationen" entstehen, da die Partei die EU als gescheitertes Projekt betrachtet. Die AfD das diese in jedem Bereich versagt hat, welche Europa betreffen. Zentrale Punkte sind hierbei die Klima- und Migrationspolitik, die von der Partei weitestgehend abgelehnt werden. Des Weiteren fordert sie eine nationale Währung zurück und lehnt somit den Euro ab. Laut der AfD kann ein Staat nur mithilfe von einer nationalen Währung seine Souveränität über Wirtschafts- und Währungspolitik zurückerlangen. Dementsprechend verlangen sie die Einführung einer neuen deutschen Mark, denn so könne Deutschland eine höhere Kaufkraft gegenüber anderen Ländern wiedergewinnen. Fortführend stellt sich die Partei gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Erderwärmung, in dem sie zum Beispiel das Autofahren und den Flugverkehr fördern möchte und die sechs bereits vollständig abgeschalteten Atomkraftwerke erneut einschalten will. Darüber hinaus will die AfD traditionelle Rollenbilder hüten und somit Rechte bezüglich Abtreibung und Homoehe einschränken.

Im Jahre 2021 forderte die AfD, dass Deutschland aus der EU austritt und bezeichnete diesen Prozess als „Dexit“, jedoch werden im Europawahlprogramm 2024 werden sowohl der Begriff als auch der Plan die EU zu verlassen nicht genannt. Für die Europawahl 2024 wurde Maximilian Eugen Kraus aufgestellt, ein vom Verfassungsschutz gesichert rechtsextrem eingestuftes Mitglied der AfD und seit 2019 Mitglied des europäischen Parlaments.

Insbesondere während des Vorfalles mit dem Alterspräsidenten, ließ sich beobachten, dass die AfD auch verfassungswidrig vorgehen würde. Hier gelang es ihr gut das Vertrauen der Bürger in demokratische gesellschaftliche Institutionen zu schwächen. Auch ihre diskriminierende Grundhaltung gegenüber queeren Personen, Muslimen, oder Zugezogenen ist äußerst kritisch zu betrachten. Einen besonderen Einfluss nimmt die Partei auf den Sozialen Netzwerken, dort spricht sie, mit ihrer Masse an Beiträgen, eine breite Zielgruppe an. Besonders durch die Inszenierung von Emotionalität und der zugespitzten Darstellung polarisierender Themen schafft sie es, eine große Anhängerschaft zu erlangen. Die AfD könnte also eine Gefahr für unsere Demokratie darstellen und uns auch zukünftig vor einige Herausforderungen stellen, eine einfache Machtübernahme wäre jedoch nicht ohne weiteres möglich.

Strategien der AfD

Die AfD verwendet insgesamt viele verschiedene Strategien, um ihre Ziele umzusetzen. Zum Beispiel eine geschickte Kommunikationsstrategie, welche gezielt die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der etablierten Politik nutzt. So werden kurz gesagt Probleme verkauft und nicht Lösung. Dies lässt sich gut an Themen, wie Migration, innere Sicherheit und Gerechtigkeit erkennen, welche zugespitzt dargestellt werden, um Ängste und Vorurteile zu schüren. Effektive Lösungen sind dabei nicht vorzufinden. Bei der Kommunikation ist die Verharmlosung von NS-Terminologie ebenfalls anzumerken. Hier wird die Terminologie aktiv von der NS-Zeit distanziert, um eine Rechtfertigungsebene für deren Nutzung zu schaffen und ihr gegenüber zu desensibilisieren.

Zudem nutzen sie strategisch Petitionen, regelmäßige Demonstrationen oder Anträge auf namentliche Abstimmungen, um das Bild zu erzeugen, das die anderen Parteien lediglich „reden“, die AfD aber handle. Oft stellen sich Parteimitglieder auch in eine Opferrolle gegenüber etablierten Parteien und fördert somit das Misstrauen der Wähler in demokratischen Institutionen. Dabei ist ebenfalls ein Phänomen, dass Studien entweder dem kontextentzogen oder gänzlich erfunden werden, um die eigene Position zu begründen und zu untermauern.

Hinzu kommt ihre starke Präsenz auf den sozialen Netzwerken. Dort bleiben sie auch nach dem Wahlkampf weiterhin aktiv und suchen bewusst den Dialog. Hier steht die Strategie, bewusst Emotionalität und Authentizität zu inszenieren, besonders im Vordergrund. Dazu setzt die AfD bewusst auf polarisierende Botschaften zu gesellschaftlichen Konflikten, wie Migration und Klimaschutz. Die Beiträge sind oft nicht aufwendig produziert, werden aber mit einer hohen Frequenz veröffentlicht. So können gezielt und einfach Jugendliche und junge Wähler erreicht werden, welches zu ihrem Vorteil ist. Schließlich stehen in der Partei immer meist einzelne Personen im Vordergrund, wobei sich auf diese fokussiert werden. So können sie gezielt Repräsentanten hervorstechen lassen und ihr Image gezielter lenken. Dabei heißt es nicht das sich diese auch verstehen und sich einig sind, wie man am Beispiel von Alicia Weidel und Björn Höcke sehen kann.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich bereits an der jüngeren Geschichte Thüringens erkennen, dass die Bevölkerung zum einen schon länger von zu Rechtsextremismus tendierenden Bevölkerungsschichten durchwachsen ist.

Da die einzelnen Bundesländer über viele Freiheiten und Gestaltungsmöglichkeiten verfügen, kann die AfD als Regierung viele Veränderungen, vor allem im Bildungs- und Kulturbereich, bringen, diese könnten sowohl positiv als auch negativ sein. Allerdings bieten der Bundestag und die Bundesregierung einen sicheren Rahmen, da sie bei Bedarf eingreifen können. Somit ist eine einfache Übernahme der AfD, wie es manche fürchten, durch die verschiedenen Sicherheitsstrukturen, nicht möglich.